

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. März 1986*

*\*Analyse de la votation fédérale du 16 mars 1986*

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen .....	24.3 %	75.7 %
Stimmbeteiligung 50.7 %		

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. März 1986	
Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen und französischen Schweiz .....	3
1 Das Beteiligungsverhalten und seine Bestimmungsgründe .....	4
1.1 Die aktuelle Zusammensetzung der Stimmenden .....	4
1.2 Besondere Mobilisierungseffekte nach Merkmalsgruppen .....	6
1.3 Formale Aspekte der Meinungsbildung und ihre Einflüsse auf die Mobilisierung .....	8
2 Das Stimmverhalten und seine Bestimmungsgründe .....	9
2.1 Die Konfliktlinien .....	9
2.2 Spontan geäußerte Entscheidungsmotive .....	13
2.3 Eine erste Bilanz .....	15
3 Analysen zur Abstimmungskampagne .....	16
3.1 Gewichtung zentraler Argumente der Komitees .....	16
3.2 Kooperative Aussenpolitik trotz klarem UNO-Nein? .....	20
3.3 Kenntnis der Abstimmungsempfehlungen .....	21
4 Schwindendes Regierungsvertrauen als Hintergrund der UNO-Abstimmung? .....	23
Zusammenfassung der Hauptergebnisse .....	25
* Récapitulation des résultats principaux .....	27

Tabelle 1 Die effektiven Abstimmungsresultate<sup>1</sup>

	Beitritt zur UNO (Ja in %)	Stimmbetei- ligung (in %)
CH .....	24.3	50.7
ZH .....	28.7	54.6
BE .....	22.8	51.5
LU .....	19.7	57.3
UR .....	18.3	51.9
SZ .....	15.6	50.3
OW .....	15.9	62.4
NW .....	15.0	58.7
GL .....	16.0	64.1
ZG .....	21.9	61.9
FR .....	22.8	49.8
SO .....	22.5	58.4
BS .....	36.0	47.6
BL .....	32.9	52.1
SH .....	21.8	75.5
AR .....	17.3	54.7
AI .....	10.7	57.0
SG .....	19.2	51.1
GR .....	22.8	43.2
AG .....	18.2	49.3
TG .....	17.7	58.4
TI .....	34.5	43.0
VD .....	25.2	40.8
VS .....	16.9	43.2
NE .....	27.4	45.1
GE .....	30.4	46.1
JU .....	40.2	36.4

<sup>1</sup> Vgl. *BBl*, 1986, II, S. 97f.

## Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. März 1986

Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen und französischen Schweiz

Am 16. März 1986 waren die stimmberechtigten Schweizer und Schweizerinnen aufgerufen, über die Vollmitgliedschaft unseres Landes bei den Vereinten Nationen zu entscheiden. Damit kam es für die UNO zu einem Novum: Erstmals wurde nicht per Regierungsbeschluss oder repräsentativ-demokratischer Entscheidung über den Beitritt eines Landes zur Weltorganisation befunden; erstmals beantworteten die mündigen Bürger und Bürgerinnen diese Frage selber<sup>1</sup>.

Für die Schweiz stellt dieser Vorgang keine Besonderheit dar, haben doch Volksentscheide zu politischen Sachfragen eine bewährte Tradition. Ein kurzer Blick auf die Abstimmungsgeschichte zeigt jedoch, dass dieses Verfahren vor allem bei innenpolitischen Auseinandersetzungen zum Tragen kommt<sup>2</sup>. In Regierung und Parlament war dem Abstimmungstag auch deswegen ein langjähriger Prozess der Meinungsbildung vorangegangen. 1984 mündete dieser in eine positive Stellungnahme zuhanden der Stimmberechtigten<sup>3</sup>. Ganz anders als erwartet, fiel der Entscheid des Souveräns aus: *Bei einer Beteiligung von 50,7% lehnten die Schweizerinnen und Schweizer mit 75,7% den UNO-Beitritt massiv ab; das mitentscheidende Ständemehr fiel ebenfalls völlig zuungunsten der Behörden aus* (vgl. Tabelle 1).

Abstimmungsergebnisse in der Grössenordnung von 3 zu 1 und Ständesstimmen von 23 zu 0 bedürfen in der Regel kaum weiterer Interpretationen. Anders in diesem Fall: Einmal wird der Graben zwischen parlamentarischer und plebiszitärer Meinungsbildung, der Gegensatz zwischen Behörden und Bevölkerung Anlass für Analysen sein, die auch über unsere Möglichkeiten hinaus angestrengt werden müssen<sup>4</sup>. Sodann handelt es sich seit der Revision des Staatsvertragsreferendums (1977)<sup>5</sup> um die erste aussenpolitische Abstimmung. Ihr kommt auch wegen der internationalen Bedeutung ein besonderer Stellenwert zu.

Unsere Untersuchung geht den nachstehenden *Fragestellungen* nach:

- Was sehen die Urnengänger selber als wesentliche *Gründe* für ihren Entscheid an?

- 1 Für einen kurzen Überblick siehe G. Unser: *Die UNO – Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen*, München 1986<sup>1</sup>, insbesondere S. 100ff.
- 2 Schweiz. Bundeskanzlei: *Referendumsvorlagen, Dringliche Bundesbeschlüsse, Volksinitiativen, Volksabstimmungen 1874–1974*, Bern o.J. (mit Nachtrag)
- 3 Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen vom 14.12.1984, vgl. *BBl*, 1984, III, S. 1464.
- 4 Zu dieser Fragestellung (jedoch am Beispiel der Finanzen) vgl. neuerdings A. Grossen: *Bürger, Parlament und Steuern. Fallstudie über die Willensbildung von Parlament und Stimmbürgern beim Finanzpaket 1976/77*, Diss. Bern 1986
- 5 Vgl. *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 13.3.1977*, VOX-Nr. 1, Zürich 1977 sowie als Verallgemeinerung: P. Hablützel, H.P. Hertig: *«Internationale Realität versus nationale Identität. Zur Legitimationsproblematik der schweizerischen Aussenpolitik»*, in: SJPW, 19 (1979), S. 109ff.

- Welche *politischen und gesellschaftlichen Gruppen* waren es, die gegen respektive für den UNO-Beitritt stimmten?
- Besteht ein Zusammenhang zwischen der für schweizerische Verhältnisse hohen *Teilnahmequote* und dem Grad der Verwerfung?
- Wie werden die *Argumente* der verschiedenen Komitees beurteilt?
- Lassen sich *Konsequenzen für die zukünftige Aussenpolitik* ableiten?

Alle Aussagen beruhen auf einer Repräsentativbefragung. Diese wurde von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung in den drei ersten Wochen nach dem Urnengang durchgeführt und ausgewertet; sie umfasste 680 stimmberechtigte Bürger und Bürgerinnen in der deutschen und französischen Schweiz, die nach einem kombinierten Random/Quota-Verfahren ausgewählt wurden. Es kann mit einer statistischen Aussagegenauigkeit von rund  $\pm 3\%$  gerechnet werden. Für die Konzipierung und Kommentierung der Befragung zeichnet das Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern verantwortlich.

## 1) Das Teilnahmeverhalten und seine Bestimmungsgründe

Nicht nur das Abstimmungsresultat, auch die Stimmbeteiligung hatte am 16. März überrascht. Mit einer *effektiven Beteiligung von 50,7%* erreichte die Abstimmung über den UNO-Beitritt eine *hohe Mobilisierung*. Es kann angenommen werden, dass das gegenwärtige Potential der mehr oder weniger aktivierbaren Stimmberechtigten ausgeschöpft worden ist<sup>6</sup>. In der Tat handelt es sich seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 um die fünfthöchste Beteiligung.

Wenn von einem *Spezialfall* die Rede sein kann, stellen sich drei Fragen:

- Wie setzte sich der Stimmkörper zusammen?
- Welche gesellschaftlichen Gruppen wurden über das Übliche hinaus besonders zum Urnengang bewegt?
- Welches sind die politischen Konsequenzen der hohen Beteiligung?

### 1.1 Die aktuelle Zusammensetzung der Stimmenden

Die *Tabelle 2* zeigt, dass es nebst den bekannten regionalen Abweichungen vom Mittel (vgl. *Tabelle 1*) vor allem

- *das Alter* (zugunsten der mittleren und älteren Generation),

6 Für eine detaillierte Analyse der Schwankungen beim Teilnahmeverhalten vgl. *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 22.9.1985*, VOX-Nr. 27, Zürich 1985

Tabelle 2: Die Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppe	Abweichung zur ermittelten durchschnittlichen Stimmbeteiligung in Prozentpunkten (N = Befragte)
Geschlecht:	Männer	(+ 3)
	Frauen	(- 3)
Alter <sup>1</sup> :	20-39jährig	(- 9)
	40-64jährig	(+ 6)
	65-84jährige	(+ 4)
Ausbildung:	Oblig. Schule	(- 7)
	Berufsschule u.ä.	(+ 2)
	Gymnasium, Universität	(+ 2)
Berufl. Stellung <sup>2,3</sup> :	Erwerbstätige Total	(- 1)
	- Selbständige, leit. Angestellte, leit. Beamte/Beamtinnen	(+ 7)
	- Angest. und Beamte/Beamtinnen in mittl. Stellung	(+ 6)
	- Angest. in einf. Stellung	(- 14)
	- Landwirte	(+ 10)
	- Arbeiter	(- 9)
	Nicht-Erwerbstätige Total	(+ 2)
	- Studenten/Studentinnen	(- 17)
	- Hausfrau/Hausmann	(+ 2)
	- Rentner/Rentnerin	(+ 4)
Eigentumsverhältnisse <sup>1</sup> :	Hauseigentum	(+ 10)
	Miete / Pacht	(- 7)
Siedlungsart <sup>4</sup> :	Grossstädtisches Milieu	(- 1)
	Mittel- u. kleinst. Milieu	(- 2)
	Ländliches Milieu	(+ 4)
Ansässigkeit <sup>2</sup> :	weniger als 5 J. am gl. Ort	(- 7)
	mehr als 5 J. am gl. Ort	(+ 3)
Wohnverhältnisse <sup>1</sup> :	einzig erwachsene Person im Haushalt	(- 13)
	mit andern erwachsenen Personen im Haushalt lebend	(+ 3)
Landesteil:	Deutsche Schweiz	(+ 2)
	Französische Schweiz	(- 6)
Konfession:	reformiert	(+ 1)
	katholisch	(- 1)
	übrige	(- 3)
Parteisympathie:	FDP (inkl. LPS)	(+ 3)
	SVP	(+ 1)
	CVP	(+ 7)
	SPS	(+ 7)
	(LdU / EVP) <sup>5</sup>	(+ 7)
	(POCH, PDA)	(- 40)
	(GPS / Grüne)	(- 3)
	(NA / Vigil.)	(+ 23)
Keine Parteisympathie	(- 3)	
Stimmbeteiligung:	effektiv	50,7%

Anmerkungen siehe Seite 6

- *die berufliche Stellung* (vor allem zugunsten der alten Mittelschicht),
- *die Eigentumsverhältnisse* (zugunsten der Hauseigentümer),
- *die Lebenssituation* (zugunsten der alleinstehenden Personen), und
- *die Ortsansässigkeit* (zugunsten der Sesshaften)

sind, die mit der Teilnahme am Urnengang einen positiven Zusammenhang zeigen. Damit werden auch bei diesem Plebiszit eine Reihe von Strukturen bestätigt, welche die politische Beteiligung mitbestimmen. Grob gesagt lassen sie sich auf die *gesellschaftliche Integration* zurückführen: *Je stärker diese ausgeprägt ist, desto eher tendieren die Stimmberechtigten dazu, sich an der direkten Demokratie zu beteiligen*<sup>7</sup>.

## 1.2 Besondere Mobilisierungseffekte nach Merkmalsgruppen

Wichtiger als diese sehr allgemeine Feststellung ist die Frage nach der themenspezifischen Mobilisierung und ihren Ausgleichseffekten. Dabei ist die nachstehende Überlegung massgeblich: Etwas vereinfachend kann zwischen *gelegentlich und regelmässig teilnehmenden Stimmberechtigten* unterschieden werden. Gemäss unseren Erhebungen umfasste dieser Typus 1985 (N = 2680 Befragte) 31% der Stimmberechtigten. Die gelegentlich Teilnehmenden dagegen sind es, die für das teilweise beträchtliche Schwanken der Beteiligungsraten verantwortlich sind. Geht man von der effektiven Beteiligung von 50,7% aus, kann gefolgert werden, dass die zusätzliche Mobilisierung rund 20% der Stimmberechtigten betrug.

In der *Tabelle 3* ist der hier ausgeführte Gedankengang für wichtige Merkmalsgruppen differenziert dargestellt. Aus einer früheren Zusammenstellung entsprechender Art<sup>8</sup> ist bekannt, dass bei einer *steigenden Beteiligung in erster Linie die Ungleichheiten bezüglich der Alterszusammensetzung sowie verschiedener sozio-ökonomischer Indikatoren (vor allem der beruflichen Stellung) abnehmen*.

7 Vgl. dazu: *Handbuch Politisches System der Schweiz*, Bd. 2, hrsg. von U. Klöti, Bern und Stuttgart 1984, S. 239 sowie 279ff.

8 Vgl. *Analyse der eidg. Abstimmung vom 10.3.1985*, VOX-Nr. 25, Zürich 1985

---

### Anmerkungen zu Tabelle 2:

- 1 Das Merkmal ist signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $p < 1\%$  (Chi-Quadrat-Test)
- 2 Das Merkmal ist signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit  $1\% \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test)
- 3 Erstmals wurde bei der beruflichen Stellung nicht mehr nach dem Haushaltsvorstand, sondern nach der befragten Person unterschieden; diese Verbesserung führt dazu, dass die Ergebnisse mit jenen früherer VOX-Analysen nur bedingt vergleichbar sind.
- 4 Erstmals wurde die Kategorie «städtisches Milieu» untergliedert in «gross-» bzw. «mittel- und kleinstädtisches Milieu»; die Untergliederung entspricht jener des Bundesamtes für Statistik.
- 5 Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als Trends, da die Zahl der Befragten eine weitergehende Interpretation nicht zulässt.

Tabelle 3: Mobilisierung von gelegentlichen Urnengängern nach Abstimmungsdaten

Merkmalsgruppen	Regelmässig Teilnehmende 1985	Gelegentlich Teilnehmende, die sich beteiligten				
		10.3.85	9.6.85	22.9.85	1.12.85	16.3.86
Männer	34 %	+ 7%	+ 1%	+ 7%	+ 9%	+ 20%
Frauen	28 %	+ 0%	+ 8%	+ 14%	+ 4%	+ 20%
20-29jährige	24 %	+ 1%	+ 7%	+ 15%	+ 6%	+ 18%
40-64jährige	33 %	+ 6%	+ 9%	+ 14%	+ 9%	+ 24%
65-84jährige	42 %	+ 0%	+ 0%	+ 0%	+ 1%	+ 13%
Oblig. Schule	25 %	+ 3%	+ 2%	+ 1%	+ 0%	+ 20%
Berufsschule u.ä.	30 %	+ 3%	+ 7%	+ 14%	+ 8%	+ 23%
Universität, Gymnasium	40 %	+ 6%	+ 7%	+ 21%	+ 10%	+ 13%
Selbständige, leit.Funktionen	37 %	+ 9%	+ 11%	+ 11%	+ 1%	+ 21%
Mittlere Angestellte und Beamte/Beamtinnen	33 %	+ 11%	+ 8%	+ 13%	+ 12%	+ 24%
Einfache Angestellte	24 %	+ 0%	+ 0%	+ 7%	+ 14%	+ 13%
Landwirte	33 %	+ 13%	+ 6%	+ 13%	+ 1%	+ 23%
Arbeiter	26 %	+ 0%	+ 1%	+ 9%	+ 4%	+ 16%
Deutsche Schweiz	32 %	+ 5%	+ 8%	+ 12%	+ 8%	+ 21%
Französische Schweiz	26 %	+ 0%	+ 0%	+ 7%	+ 5%	+ 19%
FDP-Sympathisanten	40 %	+ 5%	+ 0%	+ 6%	+ 3%	+ 14%
SVP-Sympathisanten	37 %	+ 0%	+ 0%	+ 17%	+ 4%	+ 15%
CVP-Sympathisanten	43 %	+ 5%	+ 7%	+ 16%	+ 5%	+ 15%
SPS-Sympathisanten	35 %	+ 0%	+ 11%	+ 12%	+ 7%	+ 23%
Keine Parteisympathien	24 %	+ 2%	+ 2%	+ 7%	+ 10%	+ 24%
Stimmberechtigte	31 %	+ 3%	+ 4%	+ 10%	+ 7%	+ 20%

**Leseanleitung :**

Männer nahmen 1985 zu 34% (1. Spalte : Regelmässig Teilnehmende 1985) stets an eidg. Abstimmungen teil. Am 10.3.1986 (UNO-Abstimmung) nahmen noch 20% (6. Spalte) zusätzlich teil. Total ergibt dies eine männliche Partizipation von 54%. Am 10.3.1985 beispielsweise waren es nebst den 34% regelmässigen Urnengängern noch 7% (2. Spalte), die zusätzlich an die Urne gingen. Die männliche Teilnahmequote betrug damals 41%.

Mit einer allerdings wichtigen Akzentsetzung werden die Ergebnisse durch die Abstimmung zum UNO-Beitritt bestätigt:

- Am augenfälligsten ist der Ausgleich hinsichtlich der *Schulbildung*. Primär nahmen die Absolventen einer Berufsschule (+ 23%) und der obligatorischen Schulstufen (+ 20%) zusätzlich teil. Dagegen blieb die Beteiligung von gelegentlichen Urnengängern mit einer höheren Ausbildung vergleichsweise gering. Im Vergleich zu den Abstimmungen des Jahres 1985 ist dieser Effekt neu.
- Aufgegliedert nach *Berufsgruppen* sind es die Angehörigen der alten Mittelschicht (Landwirte und selbständige Gewerbetreibende), aber auch Angestellte und Beamte / Beamtinnen in mittleren und leitenden Positionen, die höhere Beteiligungswerte verzeichnen.

- Bedingt bestätigt wird der vermutete Ausgleich bezüglich des *Alters*. Hier wurde eigentlich nur die mittlere Generation (+ 24%) über dem Mittel mobilisiert. Dagegen blieb dieser Effekt bei den jüngeren Generationen unter dem Durchschnitt.

Hat die spezielle Mobilisierung Konsequenzen auf die *politische Zusammensetzung* des Stimmkörpers gehabt? Besonders erwähnenswert ist die ausserordentliche Beteiligung von Stimmberechtigten, die sich von den Parteien abgewendet haben (+ 24%). Gemäss der in unseren Untersuchungen üblichen Unterscheidung in Parteisympathisanten und Nichtpartesympathisanten kann von einer Zusammensetzung im Verhältnis von 3 zu 2 ausgegangen werden. Nach einzelnen Parteibindungen untergliedert, finden sich für einmal kaum auffällige Unterschiede. Die wohl entscheidende Frage, ob diese Mobilisierung den Gegnern oder den Befürwortern genützt hat, wird im Kapitel 2.1 erörtert werden.

### 1.3 Formale Aspekte der Meinungsbildung und ihr Einfluss auf die Mobilisierung

Ein Vergleich zwischen verschiedenen Vorlagen im Hinblick auf ihre Mobilisierungswirkung entfällt diesmal; es ist die UNO-Thematik alleine, welche die gute Beteiligung bewirkt hat. Welche Ursachen auf der persönlichen Ebene lassen sich dafür anbringen? Grundsätzlich können für die *Erklärung* des Teilnahmeverhaltens der gelegentlich Stimmentenden die folgenden Ansätze genannt werden:

- *Der Grad der Meinungsbildung* (wahrgenommene Betroffenheit; Eindeutigkeit der Haltung);
- *Erwartetes Abstimmungsergebnis* (gegensätzlich oder entsprechend der eigenen Haltung);
- *Situationsabhängige Faktoren* wie das Teilnahmeverhalten der Kernfamilie oder anderer primärer Lebensgemeinschaften.

Eindeutig bestätigt wird die erste Vermutung. Die Fragestellung war klar; entsprechend liess sich in unserer Erhebung – bei allerdings sehr einfachen Kriterien – eine *weitgehend zutreffende Wahrnehmung des Vorlageninhalts* feststellen:

- 92% der Urnengänger konnten den Sachverhalt spontan richtig nennen, dass es um den Beitritt zur bzw. um die Vollmitgliedschaft der Schweiz in die UNO gehe;
- 5% machten übrige Angaben aussenpolitischen Inhalts;
- 3% verweigerten die Beantwortung der Wahrnehmungsfrage.

Das Teilnahmeverhalten kann durch die subjektive Betroffenheit (im positiven Sinne) resp. durch Schwierigkeiten, zu einem bestimmten Entscheid zu kommen (im negativen Sinne), beeinflusst werden. Gemäss den Interview-Angaben fühlten sich die Stimmberechtigten *nicht überfordert*: Mit 70%, die bekundeten, «eher leicht» zu ihrem Entschluss gekommen zu sein, wird ein vergleichsweise hoher Wert erreicht<sup>9</sup>. Allerdings können weder mit unserer

9 Extremwerte aus allen nachanalytierten Abstimmungen: 83% «eher leicht» bei der Initiative für 12 autofreie Sonntage (1978); 32% «eher leicht» beim Konjunkturartikel (1978).

Wahrnehmungsfrage, noch mit den subjektiven Informationsschwierigkeiten Aussagen über einen tiefergehenden, vorlagenspezifischen Wissensstand gemacht werden. Die *wahrgenommene persönliche Betroffenheit* durch die Abstimmungsthematik – ein brauchbarer Indikator für das Interesse an der Vorlage – erreichte mit 26% Zustimmung in der Kategorie «stark» einen *mittleren bis hohen Wert*<sup>10</sup>. Besonders gewürdigt werden muss dieser, wenn man den Vergleich mit den andern untersuchten Abstimmungen macht, die das Verhältnis der Schweiz zum Ausland zum Thema hatten.

## 2) Das Stimmverhalten und seine Bestimmungsgründe

### 2.1 Die Konfliktlinien

Gemäss den Angaben in unserer Erhebung sprachen sich 69% der Urnengänger gegen den UNO-Entscheid aus; 27% stimmten dafür. 1% sagte, leer eingelegt zu haben; der Rest verweigerte eine Aussage über das Stimmverhalten.

Lässt man die beiden letzten Gruppen weg, da sie keine Anhaltspunkte für die Profilierung der Teilnehmenden liefern, kann für die folgende Untersuchung von einem Nein/Ja-Stimmanteil von 72 zu 28 ausgegangen werden. Damit liegt die Abweichung zum effektiven Abstimmungsergebnis im Bereich der Fehlergrenze; mit andern Worten heisst dies, dass *unsere Untersuchung den üblichen Maßstäben entsprechend genau durchgeführt worden ist*.

Um unseren zweiten Fragenkomplex – die *Analyse des Stimmverhaltens* – zu klären, haben wir die Ja/Nein-Anteile nach Merkmalsgruppen gegliedert. Wie in den VOX-Analysen üblich, haben wir die Bedeutung jeder Hintergrundvariable mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser gibt Auskunft über die Sicherheit, mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang auch in der Realität gilt; als Grenze wurde eine Wahrscheinlichkeit von 95% verlangt.

#### a) Das Stimmverhalten nach soziologischen Merkmalsgruppen

Beginnen wir mit den soziologischen Angaben (vgl. *Tabelle 4a*). Als *erste Folgerung* drängt sich auf, dass die *Vorlage für einen UNO-Beitritt der Schweiz auf eine breite Ablehnung stiess*. Dies gilt nicht nur wegen des hohen Nein-Anteils, sondern auch wegen der Verteilung der Gegnerschaft in der Bevölkerung.

Allerdings ist es nötig, diesen Hauptindruck in einigen Merkmalsgruppen zu differenzieren:

10 Extremwerte aus allen nachanalysierten Abstimmungen: 40% hohe Betroffenheit bei der Fristenlösungsinitiative (1978); 5% bei der Aufgabenverteilung im Primarschulbereich (1985).

Tabelle 4a: Stimmverhalten beim UNO-Beitritt nach soziologischen Merkmalen

Merkmale	Gruppen	Stimmverhalten in % <sup>1</sup> (N = materiell Stimmende)		Signifikanz des Merkmals <sup>2</sup>
		Ja	Nein	
Geschlecht:	Männer	20	80	ja (0,05)
	Frauen	30	70	
Alter:	20-39jährige	27	73	nein
	40-64jährige	26	74	
	65-84jährige	21	79	
Ausbildung:	Oblig. Schule	12	88	ja (0,001)
	Berufsschule u.ä.	23	77	
	Gymnasium, Universität	48	52	
Berufl. Stellung <sup>3</sup> :	Erwerbstätige Total	21	79	nein
	- Selbständige, leit. Angestellte, leit. Beamte / Beamtinnen	17	83	
	- Angestellte und Beamte /Beamtinnen in mittl. Stellung	28	72	
	- Angestellte in einf. Stellung	28	72	
	- Landwirte	3	97	
	- Arbeiter	7	93	
	Nicht-Erwerbstätige Total	32	68	
	- Studenten / Studentinnen	52	48	
	- Hausfrauen / Hausmänner	39	61	
	- Rentner / Rentnerinnen	18	82	
Eigentumsverhältnisse:	Hauseigentum	28	72	nein
	Miete, Pacht	22	78	
Siedlungsart <sup>4</sup> :	Grossstädt. Milieu	30	70	nein
	Mittel- und kleinst. Milieu	23	77	
	Ländliches Milieu	23	77	
Landesteil:	Deutsche Schweiz	24	76	nein
	Französische Schweiz	25	75	
Konfession:	reformiert	27	73	nein
	katholisch	24	76	
Total:	effektiv	24,3	75,7	

1 Die Abweichung zwischen der in der Befragung erhobenen und der effektiven Zustimmung unter den Stimmenden betrug 3,7%; sie wurde auf alle Merkmalsgruppen gleichmässig verteilt.

2 Wie in den VOX-Analysen üblich wurde die Signifikanz der Merkmale mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser bezieht sich auf die Sicherheit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant wird eine Beziehung dann genannt, wenn die Sicherheit über 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit  $p \leq 5\%$ ) ist.

3 Erstmals wurde bei der beruflichen Stellung nicht mehr nach dem Haushaltsvorstand, sondern nach der befragten Person unterschieden.

4 Erstmals wurde die bisherige Kategorie «städtisches Milieu» verfeinert und in «gross-» bzw. «klein- und mittelstädtisches Milieu» untergliedert; die Zuordnung entspricht jener des Bundesamtes für Statistik.

- Gegensätzliche Haltungen zur Grundwelle finden sich in erster Linie entlang des *Bildungsgrades*: Hier zeigt sich, dass insbesondere bei den Absolventen einer Universität, einer Fachhochschule oder eines Gymnasiums auch andere Überlegungen mit im Spiel waren. In dieser Gruppe stimmten 48% zugunsten eines Beitritts; bei den gegenwärtig Studierenden betrug der entsprechende Anteil sogar etwas mehr als die Hälfte. Praktisch keine Abweichung vom Gesamtbild lässt sich jedoch bei den Absolventen der übrigen Schulstufen erkennen. Damit korreliert die positive Haltung zum UNO-Beitritt nicht linear mit dem Schulabschluss, sondern muss eher von einem *Bruch* zwischen den Absolventen eines höheren Bildungsweges und den übrigen Urnengängern ausgegangen werden.
- Keine eigentlichen Gegensätze, jedoch noch statistisch relevante Differenzierungen ergeben sich auch bei der *beruflichen Stellung der Befragten*: Bei den Berufstätigen fällt auf, dass ein Unterschied zwischen dem Stimmverhalten in der alten Mittelschicht (Landwirte und selbständig Gewerbetreibende) und den neuen Mittelschichten besteht. Die Arbeiterschaft ist eindeutig näher bei den Landwirten und den Gewerbetreibenden anzusiedeln.

Eine *zweite Folgerung* könnte demnach lauten: Die wenigen wesentlichen *Abweichungen* vom hauptsächlichen Trend müssen *entlang der gesellschaftlichen Position* der Stimmden vorgenommen werden.

Dies beinhaltet gleichzeitig eine *dritte Folgerung*: *Andere Konfliktlinien, die sich aufgrund früherer Abstimmungen oder Untersuchungen zu aussenpolitischen Themen erwarten liessen, spielten beim UNO-Beitritt nicht*. Einmal zählen Faktoren wie die Sprachzugehörigkeit, die Position auf der Stadt/Land-Achse oder die Zugehörigkeit zu einer mehr aussen- bzw. innenorientierten politischen Kultur dazu. Zum Zweiten zeigen sich auch praktisch keine Unterschiede in der Stimmabgabe der verschiedenen Generationen<sup>11</sup>. Vielmehr ist eine eher neue Konfliktlinie, die Abweichung im Stimmverhalten der beiden Geschlechter, noch erwähnenswert<sup>12</sup>.

#### *b) Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalsgruppen*

Eine Analyse nach rein soziologischen oder regionalen Merkmalsgruppen bliebe allerdings zu grob und würde gerade nicht auf einige Besonderheiten der UNO-Abstimmung verweisen. Deshalb sind in der *Tabelle 4b* eine Reihe von Zusammenhängen zwischen politischen Merkmalen der Stimmden und ihrem Urnenentscheid dargestellt:

- Die *vierte Folgerung* lautet: *Klar differiert der Ja/Nein-Anteil entlang den politischen Sympathien; allerdings drängt sich eine doppelte, bisher nur wenig beachtete Unterscheidung auf*:

11 Vgl. etwa *Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*, hrsg. von A. Riklin, H. Haug und H.C. Binswanger, Bern und Stuttgart 1975, insbesondere S. 311ff.

12 Für einen Überblick zu dieser Frage siehe C. Longchamp, «*Männer und Frauen an den Urnen*», in: *Frauenfragen*, hrsg. von der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Bern 1986

- Während des Abstimmungskampfes schon zeigte sich, dass das bürgerliche Lager zwischen Regierungsloyalität und ablehnender Haltung zur UNO hin und her gerissen war. Auf nationaler Ebene stellte sich die SVP gegen den Entschluss von Bundesrat und Parlament; auf kantonaler Ebene schloss sich ihr eine Mehrheit der Parteiorganisationen der FDP und der CVP an<sup>13</sup>. Unsere Daten widerspiegeln diesen Abwendungsprozess deutlich: Als einzige Regierungspartei konnte die SPS eine Mehrheit ihrer Sympathisanten hinter ihre befürwortende Haltung vereinigen. Die ermittelte Verhältniszahl von 54 zu 46 lässt jedoch ein unterschiedliches Stimmverhalten entlang der Schichtzugehörigkeit erahnen. Jeweils eine klare Mehrheit der Anhänger der drei bürgerlichen Bundesratsparteien votierte gegen den UNO-Beitritt: Bei der FDP waren es 31%, bei der CVP 27%, welche der anfänglichen Unterstützung der Vorlage noch die Stange hielten. Bei der SVP fand die Nein-Parole eine Bestätigung im Verhältnis von 4 zu 1. Soweit unsere Erhebungen Schlüsse auf das Stimmverhalten bei den Kleinparteien zulässt, lassen sich Mehrheiten im Sinne der Parolen annehmen.
- Entscheidender als der *Links/Rechts-Gegensatz* ist jedoch die zweite Feststellung, die bezüglich der politischen Sympathien zu machen ist: Einmal kann seit einigen Jahren festgestellt werden, dass die gefühlsmässige Bindung («Parteisympathie») insbesondere an Regierungsparteien nachlässt; bei der Analyse der Teilnahme haben wir gesehen, dass es gerade jene Stimmberechtigten, die sich von den Parteien abgewendet haben, waren, die besonders mobilisiert wurden. Wie nun die *Tabelle 4b* zeigt, war in diesem Potential der Nein-Anteil mit 86% ausserordentlich massiv und für das Schlussergebnis mitentscheidend.
- Ebenfalls erst in differenzierter Form wird der Sachverhalt interessant, den wir beim zweiten von uns eingeführten politischen Indikator – der *Teilnahmedisposition* – ermitteln können. Als *fünfte Folgerung* kann gelten, dass die zusätzlich mobilisierten weitgehend gegen den UNO-Beitritt stimmten. Dennoch muss die in den ersten Kommentaren geäusserte Vermutung, die zusätzliche Mobilisierung sei für das wuchtige Nein verantwortlich, verneint werden. Auch unter den regelmässig Partizipierenden war die Verwerfung hoch; unsere Schätzung ergibt ein Verhältnis von rund 7 zu 3. Erklärt wird dieser Sachverhalt vor allem dadurch, dass es sich bei den regelmässig Teilnehmenden um ein leicht überaltertes und bürgerlich dominiertes Potential handelt. Dieses stimmte, wie die obigen Ausführungen zeigten, ebenfalls sehr deutlich gegen den UNO-Beitritt. Allenfalls mögen die Motive anderer Art gewesen sein.

13 Kantonale Nein-Parolen:

- in der FdP: BE, LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, FR, SO, SH, AR, SG, GR, AG, TG, VD, NE, GE  
 - in der CVP: LU, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SH, AR, SG, GR, VS.

Tabelle 4b: Stimmverhalten beim UNO-Beitritt nach politischen Merkmalen

Merkmale	Gruppen	Stimmverhalten in % <sup>1</sup>		Signifikanz des Merkmals <sup>2</sup>
		Ja	Nein	
Parteisympathien :	FDP	31	69	ja (0,001)
	SVP	21	79	
	CVP	27	73	
	SPS	54	46	
	Keine Sympathien	14	86	
Generelles Teilnahmeverhalten :	Regelmässig Teilnehmende	26	74	nein
	Gelegentlich Teilnehmende	22	78	
Wahrnehmung des Vorlageninhalts :	zutreffend	26	74	ja (0,05)
	unzutreffend	14	86	
Politische Integration :	hoch	28	72	ja (0,05)
	mittel	26	74	
	tief	12	88	
Total	effektiv	24,3	75,7	

- 1 Die Abweichung zwischen der in der Befragung erhobenen und der effektiven Zustimmung unter den Stimmenden betrug 3,7% ; sie wurde auf alle Merkmalsgruppen gleichmässig verteilt.
- 2 Wie in den VOX-Analysen üblich wurde die Signifikanz der Merkmale mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser bezieht sich auf die Sicherheit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant wird eine Beziehung dann genannt, wenn die Sicherheit über 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit  $p \leq 5\%$ ) ist.

## 2.2 Spontan geäusserte Entscheidungsmotive

Wie nun motivierten die Stimmenden ihren Urnenentscheid ? Welches sind die wichtigsten *Beweggründe*, die sich ermitteln lassen ? Unsere entsprechende Interview-Frage war offen gestellt und zielte auf spontane Antworten. Sie hat den Vorteil, dass sich die Befragten ohne Argumentationshilfen an ihre eigene Entscheidungssituation erinnern können und damit unbeeinflusst antworten. Andererseits besteht die Gefahr, dass relevante Beweggründe ohne Vorgaben oder Nachfragen nicht auftauchen.

### a) Die Nein-Stimmenden

Beginnen wir mit den geäusserten Begründungen der Nein-Stimmenden. Da sie drei Viertel der Urnengänger ausmachen und die Nennhäufigkeit gross ist (1,5 Motive im Schnitt ; nur 1% ohne Begründung), können die Antworten ziemlich differenziert analysiert werden. Wie die *Tabelle 5* zeigt, lassen sich drei grössere *Motivgruppen* nennen :

- Beim ersten gegnerischen Typus dominieren Aussagen zur *schweizerischen Aussenpolitik* ; dabei spielen Bedenken gegenüber einer veränderten Neutralitätspolitik die herausragende Rolle. Zahlenmässig schon deutlich zurück liegen die Antworten, welche die nationale Selbständigkeit oder Unabhängigkeit betonen. Nur ganz vereinzelt taucht

die Forderung auf, die Schweiz solle sich aus allen internationalen Organisationen zurückziehen. Insgesamt umfasst dieser erste Typus 29% der ablehnenden Nennungen; dies entspricht rund einem Fünftel der Urnengänger.

- Stärker thematisiert wird das *Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen* in der zweiten Motivgruppe. Dabei dominiert das Kosten/Nutzen-Denken eindeutig. Ins Zentrum gerückt werden die neuen Aufwendungen für die Schweiz, die im Verhältnis

Tabelle 5: Entscheidungsmotive beim UNO-Beitritt

Motive nach Stimmverhalten	Nennung bei Nein- bzw. Ja-Stimmenden (Mehrfachantworten möglich)	Verbreitung unter den Teilnehmenden (in % der Erstnennung)
<i>Nein-Stimmende</i>		
● Undifferenziert-negative Motive	5 %	4 %
● Nutzenorientierte Motive	38 %	29 %
– Kosten sind zu hoch (25 %)		
– Mangelnder Nutzen (13 %)		
● Motive zur schweiz. Aussenpolitik	29 %	21 %
– Bedenken wegen Neutralität (21 %)		
– Sanktionen, Selbständigkeit etc. (6 %)		
– Schweiz soll sich zurückziehen (2 %)		
● Organisationsbezogene Merkmale	21 %	16 %
– generell negatives Image der UNO (7 %)		
– Kritik wegen einseitiger Politik (6 %)		
– Kleinstaaten sind einflusslos (8 %)		
● Misstrauenskundgebung gegen Bundesrat	3 %	2 %
● Übrige Nein-Motive	4 %	3 %
● Keine Angaben	—	1 %
	100 %	
<i>Ja-Stimmende</i>		
● Undifferenziert-positive Motive	6 %	1 %
● Organisationsbezogene Motive («Beitritt endlich vollziehen»)	19 %	5 %
● Eigennutzen wirtschaftlicher oder politischer Art	13 %	3 %
● Allgemeiner Nutzen («Frieden und Zusammenarbeit stärken»)	19 %	5 %
● Motive zur Aussenpolitik (Weltoffenheit, Solidarität, Internationalismus)	39 %	9 %
● Übrige Ja-Motive	4 %	1 %
● Keine Angaben	—	0 %
	100 %	100 %

zum Ertrag für unser Land als zu gering erachtet werden. Total 38% der gegnerischen Antworten können unter dieser Motivgruppe zusammengefasst werden; sie ist damit die verbreitetste und umfasst umgerechnet 29% der Stimmenden. Dies ist mehr als die Befürworter insgesamt darstellen.

- Die dritte grössere Motivgruppe konzentriert sich auf die *UNO* selber. Hier wird vor allem die bisherige Politik der *UNO* als «Instrument des Weltkommunismus» bzw. «der Grossmachtpolitik überhaupt» kritisiert. Einen zweiten Schwerpunkt bilden Nennungen, welche die Funktionsweise der Organisation bemängeln. Umgerechnet auf alle Urnengänger umfasst dieser dritte Typus 16%.

Ausgehend von diesen drei grossen Motivgruppen können 66% der Urnengänger charakterisiert werden. In ihren Antworten dominieren Motive, die sich zwar mit unterschiedlicher Akzentsetzung zur Fragestellung des Abstimmungstages beziehen. Bei den übrigen 9%, die ebenfalls mit Nein votierten, finden sich vereinzelte, undifferenzierte oder sachfremde Angaben. Ein bewusst artikulierter Protest gegenüber dem Bundesrat lässt sich nur bei 2% der Urnengänger als direkt geäusserte Nein-Motivation ermitteln.

#### b) Die Ja-Stimmenden

Geraffter muss die Darlegung der *Ja-Stimmenden* und ihrer Beweggründe erfolgen. Zwar erwiderten sie mit durchschnittlich 1,4 Antworten ebenso ausführlich wie die Gegner, doch umfassen sie insgesamt dreimal weniger Personen als ihre Widersacher: Die ersten befürwortenden Motive beziehen sich auf die *UNO selber* oder auf das *Verhältnis der Schweiz zu ihr*. Einmal wird argumentiert, nach den Jahren mit dem Beobachterstatus wäre es an der Zeit, die Mitgliedschaft zu vollziehen (5% der Teilnehmenden). Einen unmittelbaren Nutzen politischer oder wirtschaftlicher Art für die Schweiz hätten 3% erwartet. Für weitere 5% standen idealistische Begründungen im Vordergrund: eine Stärkung des internationalen Friedens bzw. der Zusammenarbeit. Den zweiten Schwerpunkt bilden die Antworten, die sich generell auf den *Kurs der schweizerischen Aussenpolitik* beziehen. Im einzelnen werden eine Aktivierung gefordert, vermehrte Weltoffenheit statt Eigenbrödelei oder eine Hinwendung zu mehr Solidarität bzw. Internationalismus verlangt (9% der Urnengängerschaft). Die übrigen 2% verteilen sich auf undifferenzierte oder vereinzelte Begründungen zugunsten eines *UNO*-Beitritts.

### 2.3 Eine erste Bilanz

Wie nun sind die Ergebnisse aus der Analyse des Teilnahme- und Stimmverhaltens sowie der Motivforschung zu interpretieren?

- Die Beweggründe, die sich auf die *Neutralität* (stellvertretend für alle aussenpolitischen Motive) und auf die *UNO als Weltorganisation* beziehen, entsprechen eher *langfristigen Dispositionen*<sup>14</sup>, welche durch die Kampagne der Gegner aktualisiert wurden. Wenn vor

14 Vgl. dazu P. Grossen: *Das Bild der UNO in der Schweizer Tagespresse*, Diss. Zürich/Grüsch 1986

allem ein bildungsspezifischer Bruch, aber auch Differenzierungen nach politischen Sympathien im Stimmverhalten festgemacht werden können, verweist dies auf eine andere Wertorientierung entlang der Achse «Lokalismus / Kosmopolitismus».

- Interpretationsbedürftiger ist dagegen die Häufigkeit der Motive, die sich auf das *Kosten/Nutzen-Denken* beziehen. Dies insbesondere, wenn man die Ausrichtung der befürwortenden Kampagne in Rechnung stellt. Diese orientierte sich weniger an einer weltoffenen Solidarität, sondern konzentrierte sich auf die Propagierung von Eigeninteressen. Überraschend ist die Bedeutung auch, wenn die Nennhäufigkeit mit der Höhe des realen Betrags von 20 Mio. Franken verglichen wird.

Die Gründe für diese *kurzfristig bedeutsame (und wenig vorlagenspezifische) Motivgruppe* lassen sich in verschiedenen Richtungen vermuten: Möglicherweise herrschten diffuse Vorstellungen über die effektiven zusätzlichen Ausgaben. Möglicherweise war es auch Angst vor Kosten durch weitere Verpflichtungen im Rahmen des UNO-Systems. Bedenkenswert wäre auch ein Zusammenhang mit der Debatte über die Zölle auf Treibstoff und Heizöl, die in die Schlussphase hineinspielte. Die entstandene und weiter geschürte Verärgerung über den Bundesrat mag hintergründig dazu beigetragen haben, dass die neuen Ausgaben überproportional erschienen.

### 3) Analysen zur Abstimmungskampagne

#### 3.1 Gewichtung zentraler Argumente der Komitees

Beschäftigten sich die beiden ersten Kapitel mit dem Abstimmungsverhalten, so steht die Kampagne im dritten Teil im Vordergrund. Wie aus der Motivanalyse hervorging, waren es nebst Kosten/Nutzen-Überlegungen die Beweggründe zur Aussenpolitik und zur UNO als Weltorganisation, die handlungsrelevant wurden. Diese Problemfelder sollen hier noch etwas detaillierter analysiert werden.

Dazu hatten wir in unserem Fragebogen eine Reihe von geschlossenen Vorgaben eingebaut. Der Vorteil dieses Vorgehens liegt auch darin, dass die Gegner zu den Sichtweisen der Befürworter und umgekehrt Stellung nehmen können.

#### a) Die UNO als Weltorganisation

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die UNO als Organisation der Siegermächte gegründet, um den Weltfrieden zu garantieren. Mittlerweile ist der Anspruch noch universeller geworden, sind doch praktisch alle Staaten der Erde Mitglied der Vereinten Nationen geworden.

Wie beurteilt die schweizerische Bevölkerung die Wirksamkeit dieses Wirkens? (vgl. Tabellen 6a und 6b) 58% der Stimmberechtigten sind der Ansicht, die UNO habe bisher eher

einen geringen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens geleistet (*Vorgabe b* der Kontra-Argumente). Diese Ansicht ist zudem nicht sehr typisch für eines der beiden Lager; für die Gegner mochte es ein zusätzlicher Einwand sein, für die Befürworter ein Ansatzpunkt der Verbesserung. Löst man die Fragestellung von der zentralsten Aufgabe der Vereinten Nationen ab, verbessert sich das Image der Weltorganisation leicht. Immerhin 48% der Stimmberechtigten sehen in der UNO mindestens ein Forum, das Dank den internationalen Kontakten Möglichkeiten eröffnet, weltweite Probleme verschiedenster Art anzupacken (*Vorgabe b* der Pro-Argumente). Damit nicht einverstanden ist allerdings eine klare Mehrheit der Nein-Stimmenden; sie beurteilt auch den Forumscharakter ziemlich negativ. Vor dem Hintergrund einer eher pessimistischen Haltung zur UNO war es in der kurzen Zeit der Abstimmungskampagne nicht einfach, Gründe für den Beitritt verständlich zu machen. Zwar stimmt die Gruppe der positiv eingestellten Teilnehmer allen ausgewählten Argumenten der Pro-Komitees (*Vorgaben c bis e*) zu drei Vierteln oder mehr zu, doch bleiben sie damit stets in der Minderheit. Für die Stimmung der Nein-Stimmenden besonders zutreffend erweist sich der von einem Teil der gegnerischen Sprecher gezeigte Ausweg für eine Aussenpolitik ohne UNO-Mitgliedschaft: 92% der Nein-Stimmenden befürworten, dass die Praxis der «Guten Dienste» weiterhin gepflegt wird (*Vorgabe f* der Kontra-Argumente).

#### *b) Haltung zur Neutralität*

Der zweite Streitpunkt der Kampagne, der uns hier interessiert, beinhaltet die Haltung des Souveräns zur Neutralität. Praktisch niemand forderte ein vollständiges Abrücken von dieser aussenpolitischen Maxime. Vielmehr ging es um die Beurteilung der bisherigen Praxis: Ist die UNO-Mitgliedschaft mit unserem Verständnis von Neutralität vereinbar?

- 54% meinen, die Vollmitgliedschaft der Schweiz bei der UNO sei wegen der Neutralität ausgeschlossen;
- 42% stimmen wenigstens der Ansicht zu, wenn auch andere neutrales Mitglied der Vereinten Nationen seien, könnte auch die Schweiz beitreten, ohne Schaden zu nehmen.

Grenzt man jeweils die Teilnehmenden beider Lager aus, so erweist sich die Einschätzung jedoch sehr stark polarisiert.

Wichtig ist es zu beachten, dass «Neutralität» in der Bevölkerung weniger nach juristischen Gesichtspunkten beurteilt wird, sondern einer Grundhaltung mit sowohl aussen- als auch innenpolitischer Bedeutung entspricht. Diese hat sicher eine defensive Ausrichtung («Nicht-Engagiert-Sein-Wollen»). Dem entspricht auch, dass die Einstellungen zu den Vorwirkungen der dauernd Neutralen sehr positiv sind: 75% der Stimmberechtigten unterstützen die Regel, die Schweiz solle sich stets so verhalten, dass sie nicht in mögliche Konflikte hineingezogen wird. Auch eine Mehrheit der Befürworter des UNO-Beitritts steht hinter dieser Maxime; anders als ihre Widersacher sahen sie sich durch die Mitgliedschaft in der Weltorganisation nicht tangiert.

Tabelle 6a: Gewichtung wichtiger Argumente gegen den UNO-Beitritt der Schweiz

Vorgabe (Kontra-Argumente)		einver- standen	nicht ein- verstanden	keine Angabe
		(alle Angaben in % ; Zeilenprozent.)		
<i>Kontra-Argumente</i>				
<i>a) Nationale Identität</i>				
«Wir sollten wieder vermehrt darauf bedacht sein, unsere Eigenart zu wahren und uns von der UNO nichts vorschreiben lassen.»	I*	61	: 26	(13)
	II	17	: 75	( 8)
	III	83	: 10	( 7)
<i>b) Unvermögen beim Lösen der Weltprobleme</i>				
«Die UNO vermochte bis heute keinen aktiven Beitrag zur Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu leisten.»	I	58	: 29	(13)
	II	52	: 54	( 4)
	III	65	: 15	(20)
<i>c) Sanktionen</i>				
«Wenn wir nicht dazu stehen können, sollten wir uns an UNO-Sanktionen nicht beteiligen müssen.»	I	66	: 16	(18)
	II	58	: 26	(17)
	III	71	: 14	(15)
<i>d) Kosten</i>				
«Der Beitritt zur UNO bringt uns nur neue Kosten.»	I	69	: 22	( 9)
	II	29	: 61	(10)
	III	88	: 8	( 4)
<i>e) Politische Einflusslosigkeit</i>				
«Kleine Länder wie die Schweiz haben in der politisch einseitigen Weltorganisation sowieso keinen Einfluss.»	I	47	: 41	(12)
	II	14	: 82	( 4)
	III	60	: 32	( 8)
<i>f) Beitrag zum Frieden ohne UNO</i>				
«Die Schweiz kann ihre 'Guten Dienste' besser anbieten, wenn sie unabhängig bleibt und ausserhalb der UNO steht.»	I	67	: 24	( 9)
	II	15	: 77	( 8)
	III	92	: 4	( 6)
<i>g) Unvereinbarkeit mit Neutralität</i>				
«Der Beitritt zur UNO ist mit unserer Neutralität nicht vereinbar.»	I	54	: 38	( 8)
	II	12	: 87	( 1)
	III	76	: 20	( 4)
<i>h) Geschwächte Neutralität</i>				
«Als dauernd neutraler Staat muss die Schweiz alles unternehmen, um nicht in fremde Streitigkeiten hineingezogen zu werden.»	I	75	: 16	( 9)
	II	56	: 38	( 6)
	III	87	: 10	( 3)

\* I = Stimmberechtigte Total

II = Ja-Stimmende

III = Nein-Stimmende

Tabelle 6b: Gewichtung wichtiger Argumente für den UNO-Beitritt

Vorgabe (Pro-Argumente)		einver- standen (alle Angaben in % ; Zeilenprozent.)	nicht ein- verstanden	keine Angabe (%) ; Zeilenprozent.)
<i>Pro-Argumente</i>				
<i>a) Weltweite Interdependenz</i>				
«In der Welt, die stets näher zusammenrückt, gibt es keine Alternative zur UNO-Mitgliedschaft, ohne dass man sich isoliert.»	I*	29	: 50	(21)
	II	65	: 24	(11)
	III	15	: 70	(15)
<i>b) Forum für die Probleme der Welt</i>				
«Die UNO ist dank ihrer internationalen Zusammenarbeit imstande, internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer und humanitärer Art anzupacken.»	I	48	: 37	(15)
	II	90	: 6	( 4)
	III	11	: 82	( 7)
<i>c) Mitsprache</i>				
«Als Mitglied kann die Schweiz an internationalen Vereinbarungen aktiv mitarbeiten und muss nicht einfach hinnehmen, was andere beschlossen haben.»	I	51	: 34	(15)
	II	83	: 12	( 5)
	III	38	: 50	(12)
<i>d) Wirtschaftlicher Nutzen</i>				
«Mit dem Beitritt zur UNO bekommt die Schweiz eine zusätzliche Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren.»	I	33	: 53	(14)
	II	75	: 22	(13)
	III	16	: 73	(11)
<i>e) Politische Einflussnahme</i>				
«Wenn die Schweiz der UNO beitrifft, bekommen die westlichen Demokratien eine zusätzliche Stimme.»	I	54	: 24	(22)
	II	83	: 9	( 8)
	III	46	: 32	(22)
<i>f) Beitrag zum Frieden durch UNO</i>				
«Die Schweiz kann in der UNO versuchen, einen Beitrag zum internationalen Frieden zu leisten.»	I	54	: 35	(11)
	II	95	: 2	( 2)
	III	39	: 53	( 8)
<i>g) Vereinbarkeit mit Neutralität</i>				
«Wenn alle andern neutralen Staaten Mitglied der UNO sind, wird auch unsere Neutralität nicht Schaden nehmen.»	I	42	: 43	(15)
	II	83	: 12	( 5)
	III	28	: 59	(13)
<i>h) Gestärkte Neutralität</i>				
«Der Beitritt zur UNO stärkt unsere dauernde und bewaffnete Neutralität, weil er uns die Möglichkeit gibt, unser eigenes Selbstverständnis der ganzen Welt darzulegen.»	I	27	: 62	(11)
	II	70	: 22	( 8)
	III	11	: 82	( 7)

\* I = Stimmberechtigte Total

II = Ja-Stimmende

III = Nein-Stimmende

### 3.2 Kooperative Aussenpolitik trotz klarem UNO-Nein?

Unsere letzte Frage zur Aussenpolitik bezieht sich nicht mehr direkt auf die Argumente, die in der Kampagne geäussert wurden. Dafür interessiert die Option für die generelle Ausrichtung der Aussenpolitik. Die Befragten konnten in einer geschlossenen Frage auswählen zwischen einem bewussten Rückzug und einer Variante in Richtung offener, kooperativer Aussenpolitik<sup>15</sup>.

Bei den Stimmberechtigten erweist sich die zweite Grundhaltung als wesentlich stärker verbreitet (vgl. *Tabelle 7*); 71% und damit eine deutliche Mehrheit können die Aussage unterstützen, dass die Schweiz möglichst viele Kontakte zu andern Staaten, Staatsgruppen und internationalen Organisationen pflegen solle. Nur gerade 13% ziehen die bewusst isolationistische Variante vor, während 16% keine Präferenzen äussern wollten.

Steht dieses Ergebnis im Widerspruch zum eindeutigen Resultat der UNO-Abstimmung? Mehrere Folgerungen sind denkbar:

- Ein methodischer Einwand könnte gegen die Fragestellung vorgebracht werden. Hier ging es um eine Einstellung zu einem allgemeinen Prinzip; bei der UNO-Abstimmung um den Entscheid über eine konkrete Sachfrage, bei der auch eine Vielzahl von vorlagenspezifischen Momenten mitschwingen.
- Inhaltlicher gedeutet, könnte auch der Schluss abgeleitet werden, dass die Zustimmung zu Grundsätzen der schweizerischen Aussenpolitik – solange sie im Abstrakten behandelt werden – weiterhin sehr gross ist; dagegen würde es an einer geeigneten Umsetzung in einem bestimmten Fall mangeln.

Für die zweite Vermutung spricht auch, dass die Aufgliederung nach Merkmalsgruppen ähnliche potentielle Konfliktlinien sichtbar werden, wie sie die Analyse der UNO-Abstimmung gezeigt hat. Bei den Gegnern nimmt die isolationistische Haltung zu, bleibt allerdings unter der 50%-Grenze. Die gemessene Haltung in der Frage «Kooperation oder Isolation» ist ebenfalls deutlich bildungsabhängig. Schliesslich sind es auch hier die Parteungebundenen, die sich am skeptischsten äussern.

Aktive Aussenpolitik trotz des klaren UNO-Nein? Diese Frage würde wohl eine Mehrheit der Stimmberechtigten positiv beantworten. Allerdings zeigen die bisherigen Überlegungen, dass Rahmenbedingungen (Neutralität) gesteckt sind, der Entscheid von Image der betroffenen Organisation oder Staatengemeinschaft beeinflusst wird und mit Sicherheit von der Einschätzung von Aufwand und Ertrag abhängt.

15 Zur Entwicklung der Fragestellung siehe: D. Frei, H. Kerr: *Wir und die Welt. Strukturen und Hintergründe aussenpolitischer Einstellungen*, Bern 1974; H.M. Uehlinger: *Aspekte der politischen Partizipation*, Zürich 1978 sowie M. Allenspach et al.: *Innenpolitische Aspekte individueller Einstellungen zum Beitritt der Schweiz zur UNO*, Zürich 1979

Tabelle 7: Grundsätzliche Haltung zur schweizerischen Aussenpolitik nach ausgewählten Merkmalsgruppen

Merkmalsgruppe	Die Schweiz sollte zum Ausland . . .		kann sich nicht entscheiden	keine Angabe
	. . . möglichst viele Kontakte unterhalten	. . . möglichst keine Kontakte unterhalten		
<b>Total Stimmberechtigte</b>	<b>71 %</b>	<b>13 %</b>	<b>11 %</b>	<b>5 %</b>
<b>Parteisympathien :</b>				
- FDP / LPS	78	9	11	2
- SVP	57	27	12	4
- CVP	79	11	3	7
- SPS	86	6	6	2
- (LdU / EVP)	75	15	5	5
- (GPS / Grüne)	100	0	0	0
- (POCH / PdA)	82	9	9	0
- (NA / Vigil.)	50	20	20	10
- Keine Sympathien	67	15	14	4
<b>Ausbildung :</b>				
- Oblig. Schule	55	23	13	9
- Berufsschule u.ä.	76	10	11	3
- Univ., Gymnasium	82	8	7	3
<b>Stimmverhalten UNO-Beitritt</b>				
- Nein	66	16	13	4
- Ja	94	2	2	2

Genauere Fragestellung : «Welche Aussenpolitik soll die Schweiz *grundsätzlich* betreiben ? - Die Schweiz soll in ihrer Aussenpolitik Weltoffenheit zeigen und möglichst viele Kontakte zu andern Staaten, Staatengruppen und internationalen Organisationen pflegen ; - Die Schweiz soll in ihrer Aussenpolitik Zurückhaltung üben und möglichst keine Kontakte zu andern Staaten, Staatengruppen und internationalen Organisationen pflegen» (unentschieden und keine Angabe möglich).

### 3.3 Kenntnis der Abstimmungsempfehlungen

#### a) Wichtige Parteiparolen

Unsere Analyse des Stimmverhaltens hat gezeigt, dass die Haltung der Parteianhänger nur bedingt übereinstimmte mit den Parolen ihrer Organisationen. War dies aus Unkenntnis so? Oder muss es als bewusstes Abweichen interpretiert werden?

- Als ausserordentlich verbreitet müssen die Parolenkenntnisse in den Anhängerschaften der SPS und der SVP angesehen werden (vgl. *Tabelle 8a*); jeweils drei von vier Sympathisanten konnten die entsprechende Empfehlung richtig nennen. Dieser Wert liegt einiges über dem Durchschnitt, der im Zeitraum 1977 bis 1980 bei total 41 Abstimmungen ermittelt wurde. Als Gründe dafür können die klaren Aussagen der jeweils verantwortlichen Gremien sowie die übereinstimmenden Parolen auf kantonaler Ebene

Tabelle 8a: Kenntnis der Parteiparolen nach ausgewählten Parteisymphathien

Merkmalsgruppe	Richtige Kenntnis der nationalen Parole . . . .			
	Total im Schnitt der Jahre 1977-80 (Stimmende) <sup>1</sup>	. . . bei der UNO- Abstimmung Teil- nehmende	Stimmabgabe wie Partei- parole	Stimmabgabe entgegen Par- teiparole
FDP-Symphathisanten	57 %	54 %	59 %	51 %
SVP-Symphathisanten	58 %	77 %	78 %	75 %
CVP-Symphathisanten	59 %	57 %	64 %	55 %
SPS-Symphathisanten	48 %	77 %	85 %	60 %

- 1 In die Analyse wurden alle Abstimmungen zwischen 1977 und 1980 einbezogen; dabei handelt es sich um 41 Gegenstände (Angaben nach E. Gruner / H.P. Hertig, *Der Stimmbürger und die 'neue' Politik*, Bern und Stuttgart 1983, S. 125).

genannt werden. Schliesslich kann noch darauf verwiesen werden, dass diese Empfehlungen einer jeweiligen Mehrheit der Parteianhänger entsprachen.

- Unter dem Durchschnitt liegen dagegen die Parolen-Kenntnisse der FDP und der CVP; zwischen 54 und 57% konnten hier die nationale Empfehlung der Landespartei richtig nennen. Der Grund dafür dürfte in den starken Aufsplitterungen auf kantonaler Ebene liegen.

Für unsere Fragestellung wesentlich ist, dass auch in diesen Parteien eine Mehrheit der Stimmenden, aber auch derjenigen, die sich entgegen der Empfehlung der Partei auf nationaler Ebene verhielten, wussten, welche Parole herausgegeben worden war. Damit kann Unkenntnis als Grund für die Abweichung nicht ausgeschlossen werden; als hauptsächliche Ursache (ausser selektiver Wahrnehmung) wird man jedoch eine bewusst ablehnende Aussage vermuten dürfen.

#### b) Die Bundesratsempfehlung

Noch deutlicher klappt der Unterschied zwischen der Kenntnis der Empfehlung des Bundesrates und dem Stimmverhalten (vgl. *Tabelle 8b*). In unserem früheren Vergleich konnten jeweils 3 von 5 Stimmenden die Bundesratsempfehlung richtig wiedergeben. Im Fall der UNO steigt der entsprechende Wert auf 91%; selbst bei den Stimmberechtigten insgesamt (also inklusive der Nicht-Urnengänger) konnte ein ausserordentlich hoher Wert von 85% ermittelt werden.

Tabelle 8b: Kenntnis der Bundesratsempfehlung

Merkmalsgruppe	Richtige Kenntnis der Bundesratsempfehlung . . .		. . . bei der UNO-Abstimmung	
	Im Schnitt der Stimmenden (1977-80)	Teilnehmende	Stimmabgabe wie BR-Empfehlung	Stimmabgabe entgegen BR-Empfehlung
Stimmberechtigte	59 %	91 %	95 %	90 %

- 1 In die analyse wurden alle Abstimmungen zwischen 1977 und 1980 einbezogen ; dabei handelt es sich um 41 Gegenstände (Angaben nach E. Gruner / H.P. Hertig : Der Stimmbürger und die 'neue' Politik, Bern und Stuttgart 1983, S. 129).

#### 4) *Schwindendes Regierungsvertrauen als Hintergrund der UNO-Abstimmung?*

«Staatsverdrossenheit» war nach der Abstimmung eines der Stichworte gewesen, das für das Verständnis des massiven UNO-Neins herbeigezogen wurde. Die Mehrheit des 16. März sah darin eine logische Folge für vorangegangene und als falsch taxierte politische Entschiede. Die Unterlegenen deuteten das Resultat mehr als Krisensymptom. Steht mehr als die momentane Situation hinter solchen Ansichten?

Tabelle 9: Generelles Regierungsvertrauen in der zeitlichen Entwicklung

Jahr	Befragte (Stimmberechtigte) . . .			Zahl der Interviews
	. . . mit einem generellen Vertrauen in die Bundesregierung	. . . ohne einem generellen Vertrauen in die Bundesregierung	. . . ohne eindeutige Haltung	
1977	58 %	36 %	6 %	2057
1978	56 %	36 %	8 %	2809
1979	58 %	33 %	9 %	1662
1980	57 %	32 %	11 %	1498
1981	51 %	30 %	19 %	2102
1982	44 %	34 %	22 %	1405
1983	45 %	33 %	22 %	705
1984	43 %	38 %	19 %	2804
1985	44 %	35 %	21 %	2680
1986	38 %	38 %	24 %	680

Die genaue Fragestellung lautete stets: «Welche von diesen Meinungen entspricht ihrer eigenen Meinung: - Ich kann mich meistens auf die Regierung im Bundeshaus verlassen. Sie handelt nach bestem Wissen und Gewissen, zum Wohle aller. - Im Bundeshaus wird immer mehr gegen und immer weniger für das Volk entschieden. Die Regierung kennt unsere Sorgen und Wünsche nicht mehr (weder noch bzw. keine Angabe möglich).»

Das Resultat muss wie die Motivanalyse gezeigt hat, primär mit dem Abstimmungsgegenstand und seiner Politisierung in Verbindung gebracht werden. Allerdings mischten sich auch eher stereotype Antworten unter die Beweggründe. Dies rührt daher, dass aussenpolitische Abstimmungen zu «Blitzableitern» werden können, wenn die Stimmenden die negativen Folgen einer Ablehnung als gering erachten. Gesellschaftliche oder politische Spannungen (Modernisierungsprobleme, Umwelt- oder Steuerprotest, Flüchtlingsfrage), die sich nur bedingt über parteipolitische Gegensätze entschärfen lassen, können diese Tendenz fördern<sup>16</sup>.

Allerdings spiegeln sich im Abstimmungsergebnis auch Entwicklungen, die über den Gegenstand hinausweisen. In jedem Urnengang drücken sich längerfristige Dispositionen, objektspezifische Einstellungen und momentane Meinungen aus. Zu jenen kann das *generelle Regierungsvertrauen* gezählt werden. Interessant ist die Tendenz, welche eine diesbezügliche Standardfrage der VOX-Untersuchungen zeigt: *Nachdem sich in den 70er Jahren praktisch keine quantitativen Änderungen in der gefühlsmässigen Bindung an die Regierung in Bern feststellen liess, begann diese in den 80er Jahren abzunehmen.* 1981 und 1982 wiesen unsere Erhebungen auf einen Rückgang von je 6 bis 7%; 1986 (aufgrund erst einer Befragung) wird ein neuerliches Rutschen sichtbar. Der Übergang findet allerdings nicht zum ausdrücklich geäusserten Misstrauen statt; *er tendiert vielmehr in Richtung Indifferenz. Damit verbunden ist ein mindestens mittelfristiger Wandel in der Einstellung zur Exekutive, der nicht nur für die Schweiz typisch ist*<sup>17</sup>. *Vertrauen als eine grundlegende Basis für Regierungspolitik dürfte durch spezifische Überlegungen zu einer bestimmten Sachfrage verstärkt abgelöst werden.*

16 Vgl. dazu *Aussenpolitik und Öffentlichkeit in der direkten Demokratie*, hrsg. von D. Frei, Bern 1977

17 Vgl. etwa H. Klages, W. Herbert: *Wertorientierung und Staatsbezug*, Frankfurt, New York 1983

## Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. März 1986

### *Zusammenfassung der Hauptergebnisse*

Am 16. März 1986 stimmten die Schweizer und Schweizerinnen über den Beitritt unseres Landes zur Organisation der Vereinten Nationen ab. Bei einer für schweizerische Verhältnisse hohen Stimmbeteiligung von 50,7% *sprachen sich 75,7% gegen das von Bundesrat und Parlament gestellte Begehren aus.*

Wie ist dieser auffällige Graben zwischen der Haltung der Behörden und des Souveräns zu verstehen? Die *Motivanalyse* ergab, dass bei den *Gegnern* drei Beweggründe vorherrschend waren: Einmal stuften sie die *Kosten eines Beitritts im Vergleich zum erwarteten Nutzen* als gering ein. Zum zweiten äusserten sie *Bedenken im Hinblick auf die Neutralitätspraxis*. Der dritte kritische Einwand betraf die *Politik bzw. die Funktionsweise der UNO* selber. Die *Befürworter* ihrerseits fanden, der Beitritt sei nach den Jahren der Mitarbeit in den meisten Unterorganisationen angebracht. Einige erhofften sich einen unmittelbaren Nutzen für die Schweiz oder die internationale Zusammenarbeit. Schliesslich wurde auch die *Forderung nach einer aktiveren Aussenpolitik* erhoben.

*Soziologisch* gesehen zeigen sich die grössten Abweichungen von der verbreiteten Ablehnung entlang des *Bildungsgrades*. Das gegensätzliche Verhalten der Absolventen einer höheren Schule verweist auf einen Bruch, der unterschiedliche Werthaltungen entlang der Achse «*Lokalismus / Kosmopolitismus*» erahnen lässt. Dagegen spielten andere bei *aussenpolitischen Abstimmungen* erwartbaren Konfliktlinien diesmal kaum eine Rolle. So liessen sich keine markanten Unterschiede hinsichtlich der *Sprachzugehörigkeit, des Stadt/Land-Gefälles* oder entlang der *Altersgruppen* nachweisen. Vielmehr kann noch darauf hingewiesen werden, dass die *Verwerfung des UNO-Beitritts bei den Frauen* leicht geringer war.

Analysiert man die beiden Lager nach *politischen Gesichtspunkten*, lässt sich vorerst ein *leichter Rechts/Links-Gegensatz* nennen: Obwohl mit der FdP und der CVP zwei bedeutende bürgerliche Parteien auf nationaler Ebene die Ja-Parole herausgegeben hatten, stimmten jeweils 7 von 10 ihrer Anhänger gegen die Vorlage. Die Anhänger der SVP bestätigten die ablehnende Haltung ihrer Partei eindeutig. Als einzige Regierungspartei vermochten die Sozialdemokraten noch eine knappe Mehrheit ihrer Sympathisanten für den Anschluss an die UNO zu gewinnen. Wichtig erscheint uns allerdings auch der Hinweis auf die *Teilnehmenden ohne bestimmte Parteisympathien*: Sie nahmen im Vergleich zu früheren Abstimmungen ausserordentlich häufig teil und stellten sich in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen den UNO-Beitritt.

Vor dem Hintergrund eines eher pessimistischen Bildes der UNO gelang es den befürwortenden Komitees nicht, die Beweislast zugunsten eines Beitritts zu erbringen. Zwar werden ihre Argumente von den Ja-Stimmenden ziemlich einhellig unterstützt, doch blieben sie bei der Mehrheit des 16. März praktisch ohne Wirkung. *Ist der Schweizer Souverän deshalb*

*als isolationistisch und weltabgewandt anzusehen?* Aufgrund einer Interview-Vorgabe zur internationalen Kooperation lässt sich diese in den ersten Kommentaren geäußerte Vermutung entkräften: *71% befürworten, dass die Schweiz weltweite Kontakte mit andern Staaten oder internationalen Organisationen pflegt*; auch bei den Nein-Stimmenden findet sich diesbezüglich noch eine knappe Mehrheit. Allerdings werden die Haltung zur Neutralität sowie Überlegungen zum Kosten/Nutzen-Verhältnis – jeweils aus der Sicht des Souveräns – stärker miteinbezogen werden müssen.

Abstimmungsergebnisse bringen stets kurzfristige Meinungen, längerfristige Einstellungen zum Gegenstand und politische Grundhaltungen zum Ausdruck. Letztere lassen sich hintergründig ebenfalls für die Erklärung des massiven Nein-Anteils für eine Regierungsvorlage herbeiziehen. Interessant ist diesbezüglich das *langsame Sinken des generellen Vertrauens in «Bern»*. Damit dürfte eine allgemeine Unterstützungsbereitschaft für Vorlagen der Exekutive verstärkt durch spezifische Anforderungen an den Abstimmungsgegenstand ersetzt werden.

## Analyse de la votation fédérale du 16 mars 1986

### *Récapitulation des résultats principaux*

Le 16 mars 1986, les citoyennes et citoyens suisses ont refusé l'entrée de notre pays au sein de l'Organisation des Nations Unies. Ce sont trois quarts des participants au vote qui se sont prononcés contre la proposition du Conseil fédéral et des Chambres après une longue et vive campagne menée par les deux camps en présence. La participation au scrutin a atteint 50,7%, ce qui constitue un fort taux pour notre pays.

Comment interpréter ce clivage étonnant entre la position de nos autorités et celle du souverain ? Notre analyse tente de répondre à cette question sous différents aspects :

- Une analyse des motifs apporte les raisons de fond qui ont prévalu. Pour les adeptes du non, il y en a eu trois principales : premièrement, ceux-ci ont estimé que l'utilité d'une telle adhésion serait trop peu considérable face aux coûts engendrés par celle-ci. Les opposants ont ensuite éprouvé de fortes craintes en regard de notre neutralité qu'ils ont considérée comme menacée en cas d'entrée à l'ONU. Quant à la troisième objection, elle visait à la politique, ainsi que le fonctionnement de l'organisation en eux-mêmes. De leur côté, ceux qui ont voté en faveur de l'adhésion ont estimé que notre entrée à l'ONU était depuis longtemps déjà consommée par notre collaboration à la plupart des sous-organisations. Cependant, peut-être ceux-ci espéraient vraiment qu'une adhésion soit véritablement utile à la Suisse ou à la collaboration internationale. Les partisans du oui souhaitent également une politique étrangère plus active.

- D'un point de vue sociologique, le degré de formation s'est montré particulièrement déterminant. Ceci n'est guère surprenant, même s'il s'agit pourtant de mettre en évidence la cassure entre la couche de population qui a fréquenté une haute école et l'autre. On peut supposer qu'il s'agit ici d'un conflit de valeur qui suit l'axe «cosmopolisme - régionalisme». Par contre, d'autres facteurs, d'ordre sociologique également et d'ordinaire essentiels lors de votations sur des objets de politique étrangère, n'ont cette fois joué aucun rôle. Il n'est ainsi apparu aucun clivage significatif dans les différents groupes linguistiques, milieux rural ou urbain et catégorie d'âges. Le fait que les femmes aient rejeté l'objet dans une proportion légèrement moins importante que les hommes est déjà plus caractéristique.

- Si l'on essaie de cerner à présent les deux camps selon leurs positions politiques, il se dessine une légère opposition gauche-droite : même si les partis bourgeois du PRD et du PDC avaient, sur le plan national, recommandé le oui, en moyenne sept sur dix de leurs partisans ont voté contre l'entrée de la Suisse à l'Uno. Ceux de l'UDC ont suivi en bloc le mot d'ordre de leur parti qui s'était montré défavorablement à l'adhésion. Le parti socialiste a en fait été la seule formation gouvernementale à avoir réussi à convaincre la majorité de ses sympathisants à voter en faveur de celle-ci. Il apparaît en outre important d'apporter une précision sur les votants sans attache partisane : par rapport à d'autres plébiscites, ceux-

ci ont pris part au scrutin dans une proportion extraordinairement forte et se sont rangés, dans une large majorité, du côté des opposants.

Les comités qui militaient en faveur de l'adhésion n'ont pas réussi à apporter les éléments nécessaires en faveur du oui face à l'image plutôt défavorable que l'ONU donne d'elle actuellement. Les arguments qu'ils ont avancés et que nous avons soumis à notre sondage, s'ils sont presque unanimement soutenus par ceux qui ont voté oui, sont pourtant restés pratiquement sans effet le 16 mars. Le peuple suisse est-il alors isolationniste ? Notre étude répond par la négative à cette question : sur la base d'un questionnaire à double choix (politique étrangère basée sur la coopération internationale ou alors sur l'isolationnisme), cette hypothèse, émise par une partie des interprètes de la votation, s'est vue réfutée : 71 % des personnes consultées se sont déclarées favorables à ce que la Suisse continue d'entretenir des contacts avec les autres Etats mondiaux, ainsi qu'avec les organisations internationales. Chez les partisans du non, une courte majorité va également dans ce sens. Mais, assurément, la position du souverain face à la neutralité de notre pays et face au problème utilité-coûts devra à l'avenir encore mieux être prise en compte.

Les résultats de votations expriment constamment des points de vue éphémères, des opinions spécifiques aux objets et des positions politiques de fond. Ces dernières expliquent également le non massif au projet gouvernemental : il est intéressant de constater que, depuis le début des années 80, la confiance généralement manifestée à l'égard de la politique de «Berne» est en chute libre. A cela est lié un changement à moyenne échéance : l'habitude de toujours accepter les propositions émanant du gouvernement est remplacée peu à peu par celle de prendre des décisions spécifiques aux objets soumis en votation.





Weiterführende Publikationen des *Forschungszentrums für schweizerische Politik* an der Universität Bern, basierend auf VOX-Befragungsmaterial:

1979:

P. Hablützel, H.P. Hertig: *Internationale Realität versus nationale Identität*. Zur Legitimationsproblematik der schweizerischen Aussenpolitik, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 19 (1979), S. 106ff.

1980:

H.P. Hertig: *Analyse der Nationalratswahlen 1979*, VOX-Sondernummer, Zürich 1980.

H.P. Hertig: *Parteiprogramme oder TV-Stars?* Wahlmotive bei den Nationalratswahlen 1979, Arbeitspapier des Jahreskongresses der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Gwatt 1980

1981:

A. Grossen: *Umweltschutz und Abstimmungsverhalten*, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 21 (1981), S. 39ff.

1982:

H.P. Hertig: *Sind Abstimmungen käuflich?* - Elemente der Meinungsbildung bei eidgenössischen Abstimmungen, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 22 (1982), S. 35ff.

1983:

E. Gruner, H.P. Hertig (unter Mitarbeit von A. Grossen): *Der Stimmbürger und die 'neue' Politik* (= Publikationen des schweizerischen Nationalfonds, Bd. 17), Bern und Stuttgart 1983, 412 S.

1984:

C. Longchamp: *Analyse der Nationalratswahlen 1983*, VOX-Sondernummer, Zürich 1984

1985:

A. Grossen: *Bürger, Parlament und Steuern*. Eine Fallstudie über die Willensbildung von Parlament und Stimmbürgern beim Finanzpaket 1976/77, Diss. Bern 1985

1986:

C. Longchamp: *Männer und Frauen an den Urnen*. Material zu einer neuen Konfliktlinie in der schweizerischen Politik, in: Frauenfragen, hrsg. von der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Bern 1986 (auch in französischer und italienischer Sprache erhältlich)

**P.P.**



**8001 Zürich**

## **Von VOX zu UNIVOX**

VOX-Nachanalysen eidgenössischer Urnengänge finden seit 10 Jahren grosses Interesse. Sie werden seit 1985 in Kooperation mit drei Universitätsinstituten in Bern, Zürich und Genf konzipiert und weitergeführt.

Die günstigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft bilden die Voraussetzung für ein weit umfassenderes Projekt, das gegenwärtig realisiert wird: **UNIVOX**, eine in dieser Vollständigkeit neuartige **Datenbank für wirtschafts-, staats- und sozialpolitische Themen**, die alljährlich mit den Ergebnissen von hunderten von Fragen aus GfS-Repräsentativerhebungen aktualisiert werden.

Mehr als 20 Hochschuldozenten und ihre Assistenten (in St. Gallen, Zürich, Basel, Bern, Fribourg, Lausanne und Genf) kooperieren mit der GfS und kommentieren die von ihnen betreuten Stichworte unter vier Haupttiteln:

- I **Leben in der Schweiz**  
Gesellschaft / Wohnen / Gesundheit / Ausbildung / Kultur / Freizeit / Verkehr / Kommunikation / Umwelt
- II **Staatliche Gemeinschaft**  
Staat / direktdemokratische Einrichtungen / Recht / Staatsfinanzen / Sozialversicherung
- III **Wirtschaftliches Fundament**  
Landwirtschaft / Wirtschaft / Arbeit / Markt / Geld / Privatversicherung
- IV **Unabhängigkeit**  
Freiheit / Verteidigung / Versorgung / Welt

Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen u.a.m. haben **UNIVOX** bereits abonniert.

Die laufend aktualisierten Daten stehen in Tabellen, schriftlichen Kommentaren, Kurzkommentaren für die Medien und in EDV-Form zur Verfügung. **UNIVOX** ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, PR-Stellen, Redaktionen usw. **UNIVOX** wurde bereits auf Subskriptionsbasis abonniert. Die ersten Berichte erscheinen im Laufe dieses Sommers.

Interessenten erhalten Unterhalten durch das GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546, 8027 Zürich.

Der **UNIVOX**-Projektleiter  
Dr. Werner Ebersold